Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 5.10. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 5.50 m. Postbestellgeld. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, außerhalb des Bezirks 50 ₰, bei Wiederholung und durch die Geschäftsstelle 40 ₰ netto. Reklame-Zeile 1 ℳ, bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Fälle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 63 | Neuenbürg, Mittwoch, den 17. März 1920 | 78. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. März. Dem Landtag wird in nächster Zeit ein Plan über den Weiterausbau des Murgwerks mit einem Kostenvoranschlag von 100 Millionen Mark zugehen.

Saarbrücken, 14. März. Während der Teuerungsunruhe im Oktober 1919 sind hier ein französischer Bataillonskommandeur und ein französischer Soldat getötet worden. Marschall Foch hatte daher eine Gesamtentschädigung von 450 000 Franken gefordert. Als es sich jedoch herausstellte, daß der Bataillonskommandeur von seinen eigenen Leuten erschossen worden war, wurde die Kontribution auf 60 000 Frank ermäßigt. Die Zahlung dieser Summe wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt mit der Begründung, die Ursache des Todes des Soldaten sei nicht genügend geklärt worden.

Eine deutsche Kundgebung in Saarbrücken.

Saarbrücken, 13. März. Gestern hat hier eine Massenversammlung unter riesiger Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden. 5000 Menschen nahmen in dem überfüllten Saale Platz, während Zehntausende keinen Einlaß mehr fanden. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der U.S.P.D. hatten die Versammlung einberufen und waren in ihr vertreten, um der internationalen Regierung die Wünsche der Saarbevölkerung vor Augen zu führen. Auch die Stände und Erwerbsgruppen, Arbeiter- und Arbeiterverbände waren vertreten. Die Versammlung gestaltete sich zu einer bedeutsamen Kundgebung für das Deutschtum. Mehrmals wurde „Deutschland, Deutschland über alles" angestimmt. Die Bitten, die der internationalen Regierung vorgetragen werden sollen, gehen auf Herstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit, Aufhebung der Zensur, Zurückziehung des Militärs, Abschaffung des französischen Unterrichts in den Schulen, Aushebung eines Saarparlaments, Amnestie für die Verurteilten und Rückkehr der Ausgewiesenen, Aufhebung der Militärgerichte und ihre Ersetzung durch bürgerliche Gerichte mit dem Reichsgericht als oberste Instanz. Während des ganzen Abends wurde von allen Rednern eine starke Propaganda zu Gunsten der deutschen Sache geführt.

Erzbergers Ausscheiden aus dem Amt.

Dresden, 14. März. Reichsfinanzminister Erzberger hat am Freitag, den 12. März, dem Reichspräsidenten sein Entlassungsgesuch vorgelegt, das dieser am gleichen Tage genehmigt hat. Wie verlautet, bestätigt sich das Gerücht, der frühere Reichsminister Erzberger sei in Schutzhaft genommen, nicht. Erzberger hat Berlin verlassen.

Flensburg bleibt bei Deutschland.

Flensburg, 14. März. Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig teilt mit: Das vorläufige Abstimmungsergebnis in der zweiten nordschleswigschen Zone brachte eine Sechs-Siebtel-Mehrheit für Deutschland. Im Kreise Flensburg stimmten für Deutschland 6751, für Dänemark 1421 Wahlberechtigte. In der Stadt Flensburg betrug die Stimmenzahl für Deutschland 27 058, für Dänemark 8885. Bei dem günstigen Abstimmungsergebnis in der zweiten Zone darf nicht verkannt werden, daß die von den Dänen in letzter Stunde ausgestreuten Propagandamärchen etwas Wirkung gehabt haben. Die Begeisterung in Flensburg ist ungeheuer.

Der Berliner Putsch.

Stuttgart, 13. März. Die Nachrichten über die Vorgänge in Berlin haben die schwäbische Landeshauptstadt vollständig überrascht. Als um die zehnte Morgenstunde die Extrablätter durch die Straße flatterten, war die Ueberraschung groß. Neugierige sammelten sich in Gruppen, um die Ereignisse zu besprechen. Die Kundgebungen der Regierung hat sodann beruhigend und aufklärend gewirkt. Bis in die Nachmittagsstunden hinein war jedoch das Straßenleben überaus bewegt. Im übrigen herrscht jedoch vollkommene Ordnung und Ruhe.

Stuttgart, 13. März. Der Vorstand des Bundes der württ. Verkehrsbeamten hat sich in einer Sitzung mit den Vorgängen in Berlin beschäftigt und folgendes beschlossen: Der Bund der württ. Verkehrsbeamten verurteilt mit aller Schärfe den in Berlin ausgebrochenen Militärputsch. Er verwirft ganz entschieden jeden Gedanken an eine Militärdiktatur und wird sich einer solchen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegensetzen. Er steht unbedingt auf dem Boden der Verfassung und betrachtet jeden Versuch, diese gewaltsam zu stürzen, als ein Verbrechen am deutschen Volk und als ein Hindernis für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches.

Stuttgart, 15. März. Vor gegen 3000 Kommunisten berichtete am Sonntag in der Rollschuhbahn der bekannte Führer Hörnle, der die Forderungen, die die Unabhängigen an die württ. Regierung gerichtet hatten, unterstützte. Er rief auch zum Protest gegen die Tagung der Nationalversammlung in Stuttgart auf. Die Forderungen an die Regierung waren noch nicht beantwortet, weil der Staatspräsident darüber nicht allein entscheiden kann. Das Verlangen nach Auflösung der Reichswehr untersteht nicht der Entscheidung der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 15. März. Die Heuchelei, die sich hinter der Haltung verbirgt, die die Staatsstreichler in Berlin nach außen hin einnehmen, und die insbesondere in der Kundgebung versteckt liegt, in der diese von loyaler Durchführung des Friedensvertrags sprechen, wird illustriert durch den Inhalt einer Unterredung, die der General v. Lüttwitz mit dem Reichspräsidenten Ebert am Dienstag voriger Woche in Berlin hatte. An dieser Unterredung hat auch der Reichswehrminister Noske teilgenommen. Lüttwitz forderte von der Reichsregierung, daß die Reichswehr nicht weiter abgebaut werden dürfe, sie müsse vielmehr vermehrt werden. Waffen und sonstiges Kriegsgerät dürften nicht mehr nach den Bestimmungen des Friedensvertrags abgeliefert werden. Beide Forderungen stehen in schärfstem Widerspruch zu dem Friedensvertrag, dessen loyale Durchführung die Staatsstreichler vor der Oeffentlichkeit heucheln. Die Durchführung dieser beiden Forderungen müßte für unser Volk zur schwersten Katastrophe führen. Die eindringlichen Hinweise auf diese Folgen durch den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister Noske machten auf Lüttwitz keinerlei Eindruck. Er sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem neuen Krieg.

Stuttgart, 15. März. Im Reichsministerium des Innern, das seine Geschäfte in Stuttgart aufgenommen hat, wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem Hochverrat außer mit den jetzigen Strafen auch mit einer gänzlichen oder teilweisen Einziehung des Vermögens zu bestrafen ist. Es ist in Aussicht genommen, das Gesetz mit rückwirkender Kraft auf den 15. März auszustatten, weshalb schon heute diese Ankündigung erfolgt.

Stuttgart, 15. März. Die Reichsregierung hat Fühlung mit fast dem ganzen Reichsgebiet. Die von den Leuten Kapp verbreitete Meldung, daß ganz Norddeutschland in der Hand der „Kapp-Regierung" sei, ist falsch. Außer in Berlin, wo Kapp sich mit Hilfe von Bajonetten und Handgranaten in einem Teil des Inneren der Stadt hält, hat er nur nördlich und östlich von Berlin teilweise Boden gefaßt. Ebenso wie im Westen hat auch in den preußischen Provinzen die Bewegung keinen Anklang gefunden. Die Reichswehr hält in ganz Süd- und Westdeutschland zur verfassungsmäßigen Regierung. Das gleiche ist im größten Teil des übrigen Reichsgebietes der Fall. Wo sie sich zu den Berliner Verfassungsbrechern bekennt, vermag sie einen entscheidenden Einfluß auf die Haltung der Bevölkerung nicht auszuüben, sondern hält sich in den Kasernen.

Karlsruhe, 15. März. Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich in Berlin die Geschäfte des Reichskanzlers anmaßt, hat nach einem Telegramm an den badischen Staatspräsidenten die Herren Ministerpräsidenten der Bundesregierungen zu einer gemeinsamen Besprechung auf 25. März nach Berlin eingeladen und um Aeußerung gebeten, ob der Tag genehm ist. Das badische Staatsministerium hat hierauf folgende Antwort erteilt: „Herr Generallandschaftsdirektor Kapp, Wilhelmstraße. Die Badische Staatsregierung lehnt jede Beziehung zu Ihnen ab. Staatspräsident Geiß."

München, 14. März. General von Möhl, der sich der neuen Berliner Regierung Kapp zur Verfügung gestellt hatte, hat seinen Abschied eingereicht.

Frankfurt a. M., 13. März. In einer Massenkundgebung am Bismarckdenkmal wurde soeben von Rednern aller Parteien bekannt gegeben, daß sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien geeinigt und in Frankfurt a. M. ein gemeinsames Exekutivkomitee gegründet wurde, von dem alle Anweisungen entgegen zu nehmen sind.

Frankfurt, 14. März. Die Leitung des Auswärtigen Amtes hat Unterstaatssekretär v. Haniel übernommen, der erklärt hat, daß er nach wie vor seinem gesetzmäßigen Minister des Auswärtigen verantwortlich sei. Im Interesse des Reichs soll der technische Dienst des Auswärtigen Amts so fortgeführt werden, als wenn der Minister des Auswärtigen auf Urlaub wäre. Außerdem ist Kapp unter Hinweis darauf, daß die Beamten des Auswärtigen Amts ihren Eid auf die Verfassung geleistet hätten, erklärt worden, daß der technische Dienst des Auswärtigen Amts nur unter allem Vorbehalt aufrechterhalten werde.

Berlin, 14. März. Die verantwortlichen Stellen der deutschdemokratischen Partei rufen für Berlin zum Proteststreik gegen Kapp auf.

Berlin, 14. März. Wie wir hören, ist das Verbleiben einiger Mitglieder des Kabinetts Bauer in Berlin auf Beschluß des Ministeriums zurückzuführen, das die Verbindung mit der Hauptstadt aufrecht zu erhalten wünscht. Die in Berlin in Schutzhaft genommenen Minister sind inzwischen wieder freigelassen worden u. zwar auf Verlangen des Eisenbahnministers Oeser, dessen Eintritt in die neue Berliner Regierung Direktor Kapp wünscht. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich an dem gestrigen Protest des Aeltestenausschusses der preußischen Landesversammlung gegen deren Auflösung die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angeschlossen haben.

Kundgebung der süddeutschen Staaten.

Die Präsidenten der bayerischen, württembergischen und badischen Staatsregierung veröffentlichen folgende Kundgebung:

„Die Regierung der süddeutschen Staaten, welchen es gelungen war, ihre Länder und ihre Bevölkerung in mühseliger Arbeit aus dem Chaos und Elend mehr und mehr herauszuführen, betrachten es als ein Verbrechen am deutschen Volke, daß diese Entwickelung nach aufwärts, die sich in der Besserung der wirtschaftlichen Lage und in der Hebung des deutschen Kurses deutlich zeigte, von Berlin aus gestört wird. Sie werden sich, gestützt auf ihre Bevölkerung, gegen die verfassungswidrigen, reaktionären Machenschaften mit aller Entschiedenheit und aller Kraft zur Wehr setzen, um neues Elend, das dem deutschen Volke von Berlin droht, zu verhüten. Sie anerkennen nur die verfassungsmäßige bisherige Reichsregierung.

München, Stuttgart und Karlsruhe, 13. März 1920.

Die Präsidenten der Staatsministerien:
gez. Hofmann, Blos, Geiß.

Zweitägiger Generalstreik.

Stuttgart, 15. März. Eine sehr stark besuchte Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Vertrauensleute der Arbeiter- und Angestelltenschaft beschloß, am Dienstag früh 9 Uhr in einen zweitägigen Generalstreik als Demonstration gegen alle Putschversuche von rechts einzutreten. Vom Streik bleiben ausgeschlossen: alle lebenswichtigen Betriebe, wie die notwendigste Lebensmittelversorgung, Gas- und Wasserwerke, Ortskrankenkasse, Kraftverkehrsamt, Lebensmittel- und Fernzüge. Am Donnerstag früh wird die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen; Schichtarbeit setzt bereits Mittwoch Nacht ein. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft wird aufgefordert, Besonnenheit zu bewahren und sich von unverantwortlichen Elementen nicht zu Tätlichkeiten provozieren zu lassen. Eine aus 24 Mitgliedern bestehende Kommission tagt von Dienstag früh 8 Uhr ab im Gewerkschaftshaus, wo jederzeit Auskunft erteilt wird. Vereinigte Gewerkschaften.

Stuttgart, 16. März. Der Beschluß der gestrigen Versammlung der Vertrauensleute der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft, neben anderen lebenswichtigen Einrichtungen auch die Fernzüge nicht in den zweitägigen Generalstreik einzubeziehen, ist ausdrücklich mit Rücksicht auf die Mitglieder der Nationalversammlung gefaßt worden, um ihnen die Teilnahme an der Mittwoch beginnenden Stuttgarter Tagung zu ermöglichen.

Eine Kundgebung der Reichsregierung an die Länder.

Dresden, 13. März. Folgendes Telegramm ist an die Regierung der Länder gerichtet worden:

„Putschversuche gewissenloser Abenteurer, hinter denen jetzt ernster Politiker steht, haben die Regierung veranlaßt, zwecks Vermeidung von Blutvergießen Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen."

Der Reichspräsident:
Ebert.
Die Reichsregierung:
Bauer. Müller. Giesberts. Noske. Koch. Geßler.

General Gröner für Ebert-Bauer.

Berlin, 15. März. General Gröner hat sich der Regierung Ebert-Bauer zur Verfügung gestellt.

Das Berliner Kabinett Kapp.

Berlin, 14. März. Das Kabinett Kapp hat sich noch nicht konstituiert. Aller Voraussicht nach soll es, wie zum Teil schon bekannt, auf folgender Grundlage gebildet werden:

Kapp, Reichskanzler; von Lüttwitz, Reichswehrminister; Pfarrer Traub, Kultusminister; von Jagow (früherer Polizeipräsident von Berlin) Minister des Innern; Dr. Schiele, Reichswirtschaftsminister; Dr. Bang, Reichsfinanzminister. Ueber die Besetzung der übrigen Ministerposten ist Näheres noch nicht bekannt.

Was die Putschisten versprechen

Berlin, 13. März. In einer längeren Kundgebung kündet der Reichskanzler v. Kapp, wie die Tel.-Union meldet, die Wiedererrichtung einer starken Staatsgewalt als die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung an. Deutsche Ehre und Ehrlichkeit sollen wieder hergestellt werden. Die Regierung wird den Versailler Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit dies möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. Die Regierung wird die Finanz- und Steuer-Hoheit der Bundesstaaten verfassungsmäßig auf föderativer Grundlage wiederherstellen. Sie wird die Kriegsanleihen sicherstellen und ihre richtige Rückzahlung einleiten, dem Grundbesitz die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben, die Minderbemittelten mit Nahrungsmitteln zu erträglichen Preisen versorgen, Streiks und Sabotagen rücksichtslos unterdrücken, die bestehende Versicherungsgesetzgebung mit einem freiheitlichen Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ausstatten, die Freiheit der Kirche gewährleisten, sowie die nationale und religiöse Erziehung wiederherstellen. Absplitterungen vom Reiche werden als Hoch- und Landesverrat bestraft. Die Farben der deutschen Republik sind schwarz-weiß-rot. Die neue Regierung wird die von den seitherigen Machthabern im Auslande besonders der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Die Stellung der Ententemission in Berlin.

Berlin, 13. März. In den Kreisen der Berliner Ententemission hat der Umsturz größte Bestürzung hervorgerufen. Von französischer Seite wurde erklärt, man habe von dem Plan bereits Kenntnis gehabt und ihn bereits vor einigen Tagen nach Paris telegraphiert. Die französische Regierung nehme eine abwartende Haltung ein. Die Erklärung der Regierung Kapp, daß sie den Friedensvertrag loyal durchführen wolle, würde mißtrauisch entgegengenommen. Ehe die neue Regierung nicht international anerkannt wird, werden alle von ihr gegebenen Zusicherungen als nicht verbürgt angesehen, zumal die Anerkennung der neuen Regierung zweifelhaft erscheine.

Berlin, 14. März. Der französische General Nollet, der nach Paris reisen wollte, hat wegen der veränderten Verhältnisse seine Abreise verschoben.

Die Entente über ein Eingreifen in Deutschland.

London, 14. März. In der Downing-Street ist man der Ansicht, daß eine Einmischung der Alliierten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nur im Falle der Weigerung, die Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen, in Betracht kommen könne.

Paris, 14. März. Wie das „Echo de Paris" meldet, ist der Ministerrat noch am Samstag abend zusammengetreten, um einen Bericht des Marschalls Foch über die jüngsten Zwischenfälle in Berlin und über die zu verlangenden Garantien anzuhören. Der Marschall ist der Ansicht, daß angesichts der Ungewißheit, die über die Vorgänge in Berlin besteht, die Debatten zu verschieben seien. Millerand vertrat sehr energisch den Standpunkt, daß die Mächte dem Regierungswechsel, der nur Deutschland etwas angeht, keine Rechnung tragen brauchen. Was sie zu tun hätten, sei, die strikte Durchführung des Vertrages verfolgen, und um dies zu erreichen, müßten sie ihre Forderungen an diejenigen Führer in Deutschland richten, die die Macht innehaben, wer immer sie auch seien.

Barthou erklärt im „Journal", daß man, bevor man ein Urteil über die Situation in Deutschland abgebe, wissen müsse, ob es sich um einen gut vorbereiteten Staatsstreich handle, und ob die öffentliche Meinung ihr Unterstützung gewährt habe. Im letzteren Falle wisse man, daß die Deutschen unverbesserlich seien, und daß sie auch von den schrecklichsten Ereignissen nichts lernen. Die größte Wachsamkeit sei daher ihnen gegenüber geboten, und sie müßten gezwungen werden, den Friedensvertrag zu respektieren.

Marschall Foch und Kommandant Wilson sind heute nach dem französischen Hauptquartier in Mainz abgereist.

Ausland.

Paris, 14. März. Der Kriegsminister verfügt, daß der Jahrgang 1918, der entlassen werden sollte unter den Fahnen behalten werde. Er soll, wenn die Umstände dies gestatten, im Juni entlassen werden.

Botschafter-Konferenz und Völkerbundsrat.

Paris, 14. März. Die Botschafterkonferenz trat gestern nachmittag im Ministerium des Aeußern zusammen. Marschall Foch wohnte der Sitzung bei. Es wurde ein Bericht vorgelesen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

über eine Reihe von feindseligen Handlungen, die von Deutschen gegen Mitglieder der alliierten Kommissionen begangen worden seien. Ministerpräsident Millerand machte den Vorschlag, von der deutschen Regierung energisch Satisfaktion und Garantien gegen eine Wiederholung derartiger Zwischenfälle zu verlangen. Diese Frage wurde der Prüfung der alliierten Regierungen unterbreitet.

Die Konferenz prüfte auch ein Gesuch der ungarischen Friedensdelegation wegen der Erlangung weiterer Milderungen der militärischen, flugtechnischen und maritimen Bestimmungen des Friedensvertrages. Dieses Gesuch wurde abgelehnt. — „Echo de Paris" meldet: Die alliierten Regierungen werden die Note vom 14. Februar vervollständigen. Der Oberste Rat in London wird verlangen, daß 45 Personen, die auf der Auslieferungsliste stehen, vom Reichsgericht in Leipzig verfolgt werden und daß sie die Todesstrafe treffen müsse.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 15. März. Unter zahlreicher Beteiligung hiesiger und auswärtiger Mitglieder hielt der Bezirks-Obst- und Gartenbau-Verein Neuenbürg gestern nachmittag im Gasthof zum Bären nach vorausgegangener Besichtigung von Gartenanlagen seine Hauptversammlung ab. Nach begrüßenden Worten durch den Vorsitzenden, Stadtschultheiß Knodel, gab derselbe einen Geschäftsbericht über die Vereinstätigkeit im abgelaufenen Jahr, die nach dem Kriege sich in der Hauptsache auf den Neuaufbau des Vereins erstreckte; die dahingehenden Bestrebungen konnten als befriedigende bezeichnet werden insofern die im Kriege zurückgegangene Mitgliederzahl sich annähernd auf den früheren Stand hob; auch der Stand der Kasse sei ein günstiger. Der Geschäftsbericht erwähnte ferner die Tätigkeit des Ausschusses, die Besichtigung von Baumgütern im Herbst, von welcher die Mitglieder manches Lehrreiche nach Hause nehmen konnten. Die auf Oktober geplante Obstausstellung und ein damit verbundener Vortrag von Obstbauinspektor Schaal mußten beide infolge der eingetretenen Verkehrssperre ausfallen; sie sollen nur aufgeschoben sein und voraussichtlich dieses Jahr durch die Veranstaltung einer Obstschau nachgeholt werden. Die pünktlichere und vollständige Lieferung des „Obstbaumfreund" soll angestrebt werden. Der von Kassier Baumann erstattete Kassenbericht wies an Einnahmen 393 ℳ 10 ₰ auf, welchen 137 ℳ 55 ₰ Ausgaben gegenüberstehen; es ergab sich ein Kassenbestand von 255 ℳ 55 ₰. Das Vereinsvermögen erfuhr eine erfreuliche Zunahme. Eine Einwendung erhob sich nicht, worauf dem Kassier unter anerkennenden Worten für seine Tätigkeit Entlastung erteilt wurde. Der Antrag aus der Mitte der Versammlung, eine Neuwahl des Gesamtausschusses, welche erst im letzten Jahr erfolgte, vorzunehmen, wurde nach längerer Aussprache als mit den Satzungen im Widerspruch stehend zurückgezogen und die satzungsgemäße Wahl von 6 Ausschußmitgliedern durch Zuruf im einzelnen vorgenommen. Es wurden gewählt: Rau, Birkenfeld, Buchter, Gräfenhausen, Baumann, Neuenbürg, zugleich Kassier, Mänchinger, Waldrennach, Scheerer, Neuenbürg, Faaß, Calmbach. Zu Vertrauensmännern wurden bestimmt: Schultheiß Allinger, Dobel, Schultheiß Stephan, Bieselsberg, Erich Weiß, Ottenhausen. Als Schriftführer wurde auf Antrag des Vorsitzenden Hauptmann a. D. Leuchtenberger vorgesehen. Eine vielseitige Aussprache veranlaßte die Bekämpfung des amerikanischen Stachelbeermehltaus, dessen verheerende Wirkungen vor Augen geführt werden. Seine Bekämpfung müsse eine allgemeine sein, andernfalls sei mit der Vernichtung der gesamten Bestände zu rechnen. Als wirksames Bekämpfungsmittel wurde hauptsächlich eine Lösung mit Schwefelkalkbrühe bezeichnet, bei der entAnwendung jedoch besondere Vorsicht wegen ihrer Schärfe geboten sei, namentlich sollen die Augen durch eine Brille geschützt werden, auch Obstbaumkarbolineum sei zu empfehlen. Die Art und Weise, wie die Bekämpfung vorgenommen werden soll, wurde ausführlich dargelegt. Auf die besondere Schädlichkeit des Gollers und auch der Amsel wurde hingewiesen und deren Wegschuß als unerläßlich gefordert. Zum nächsten Gegenstand, Arbeitsplan betr., wozu der Vorsitzende u. a. Veranstaltungen im Freien, eine Versammlung mit Vortrag im Sommer, im Herbst desgleichen mit praktischen Demonstrationen im Freien oder eine kleine Ausstellung belehrender Art in Anregung brachte, schlug Rau, Birkenfeld auf Antrag der dortigen Ortsgruppe vor, der Verein möge sich intensiver an praktischen und lehrreichen Arbeiten betätigen, durch pomologische Ausflüge im Gebiete rechts der Enz, durch Anlehnung an den Landw. Bezirksverein zwecks Erhalt von Kunstdünger, weiter solle im Bezirk mehr auf Spätblüher gesehen werden („Ontario", „Schöner von Nordhausen") und für Edelreiser ein größerer Betrag ausgeworfen werden, endlich solle der „Neuregelung" des Grundblattes näher getreten werden. Zu den Vorschlägen äußerte sich der Vorsitzende in zustimmendem Sinne; als hervorragende Birnsorte empfahl er ergänzend die Luxemburger Mostbirne. Der Gegenstand zeitigte eine lebhafte Aussprache, in deren Verlauf noch manch anderen Obstsorten das Wort geredet wurde, auch die Frage des Kunstdüngerbezugs und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei dem Mangel desselben wurde ausgiebig besprochen. Scharfen Widerspruch erfuhr das vor kurzem aus Calmbach im „Enztäler" erschienene Eingesandt betr. Behandlung der Obstbäume, wobei der einstimmigen Ansicht Ausdruck gegeben wurde, daß die Bäume dringend einer Reinigung und aufmerksamerer Pflege, namentlich auch ausgiebiger Düngung benötigen, da die letzten guten Obstjahre ziemlich erschöpfend auf das Baummaterial gewirkt hätten. Die Verteilung von Edelreisern bildete den Schluß der Veranstaltung. In seinem Schlußwort dankte der Vorsitzende für die zahlreiche Teilnahme und das bekundete Interesse, daran die Bitte knüpfend, die Mitglieder möchten in ihren Kreisen für weitere Förderung des Obst- und Gartenbaus wirken. Schultheiß a. D. Holzschuh, Birkenfeld, dankte der Verwaltung für ihre Bemühungen im abgelaufenen Jahre. Möge sie eine neue Blütezeit antreten können zum Wohle des Vereins und zum Segen Aller!

Neuenbürg, 15. März. (Die Hausschlachtungen dauernd gestattet). Auf die Anfrage wegen Befristung der Hausschlachtungen teilt das Reichswirtschaftsministerium mit, daß in diesem Jahr die Hausschlachtungen nicht befristet werden sollen. Demnach können auch später noch Schlachtungen vorgenommen werden. Das ist für diejenigen Viehhalter sehr wichtig, die erst später ein Schwein zur Mast eingestellt haben.

Neuenbürg, 15. März. (Das Maulwurfsgesetz.) Der Gesetzentwurf zum Schutze des Maulwurfs verbietet das Fangen von Maulwürfen außerhalb der geschlossenen Gärten, gestattet aber den Oberämtern die Zulassung von Ausnahmen. Verboten werden öffentliche Kaufgesuche von Maulwürfen oder Maulwurfsfellen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

Neuenbürg, 17. März. Wegen Raummangel mußten verschiedene Eingesandt und Inserate zurückgestellt werden.

Wildbad, 17. März. In den Fahrzeiten des Postautos Wildbad-Enzklösterle tritt folgende Aenderung ein:

Wildbad ab ½10 Uhr, Enzklösterle an ½11 Uhr,
Enzklösterle ab 12 Uhr, Wildbad an 1 Uhr
zum Anschluß an den Zug Wildbad ab 1.32 Uhr.

Generalstreik in Neuenbürg! Sämtliche Betriebe haben zu ruhen!

Neuenbürg, 16. März.

So verkündete ein Flugblatt der Vereinigten Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Neuenbürg, das zu einem eintägigen Proteststreik gegen den frevelhaften Berliner Putschversuch aufforderte und zu einer großen öffentlichen Volksversammlung vormittags 10 Uhr im Gasthof zum Bären einlud. Mit wenigen Ausnahmen wurde in den Betrieben der Aufforderung Folge geleistet; als kurz vor 8 Uhr durch einen Schutzmann mittelst Ausschellens diese Aufforderung verkündet wurde, legten mit Ausnahme weniger Betriebe die Arbeiter und Angestellten die Arbeit nieder. Auch das Enztälerpersonal verließ Setzkasten und Maschine, eine Ausgabe des Blattes dadurch unmöglich machend, obwohl dringende Anzeigen, darunter mehrere Todes-Anzeigen vom Lande, zur Veröffentlichung standen. Wie wir aus den abends und heute früh eingegangenen Zeitungen ersehen, sind die benachbarten württembergischen Zeitungen in Nagold, Calw, Freudenstadt, Horb, Rottenburg a. N. erschienen, dort wurde sonach ein Streik nicht für nötig erachtet.

Zu einer machtvollen Kundgebung des arbeitenden Volkes gestaltete sich die auf vormittags 10 Uhr anberaumte Protestversammlung gegen den Berliner Putschversuch; auch einige Staats- und Gemeindebeamten nahmen für ihre Person daran teil. Der Bärensaal hat wohl schon lange nicht mehr solch zahlreiche Arbeitermassen vereinigt gesehen. Die Versammlung leitete Karl Titelius, Ortsvorstand der Vereinigten Gewerkschaften, der nach kurzen begrüßenden Worten, in welchen er feststellte, daß auch die Neuenbürger Arbeiter, Staats- und Gemeindebeamten sich hinter die Regierung stellten, Gemeinderat Heinzelmann das Wort erteilte.

(Der angesammelte Stoff, die Papiernot und technische Schwierigkeiten zwingen uns, davon abzusehen, ausführlich, wie wir es beabsichtigten, über den Verlauf zu berichten; wir müssen uns aus diesen zwingenden Gründen auf möglichst gedrängte Berichterstattung beschränken. Schriftl.)

In scharfen Worten geißelte Redner das frevelhafte Beginnen einer rechtsstehenden Clique, die sich, gestützt auf einige Reichswehroffiziere und über die schwierige Lage unseres jetzigen Deutschlands nicht genügend aufgeklärten Baltikumtruppen, erfrechten, den Versuch zu machen, die vom Volke gewählte Regierung zu stürzen. Dieses frevelhafte Beginnen habe, mit Ausnahme der Unabhängigen, in allen politischen Lagern einmütige Verurteilung gefunden; auch die rechtsstehenden Parteien seien mit dem Putschversuch nicht einverstanden; er, Redner, glaube zwar, daß die rechtsstehenden Parteien sich die Sache anders dachten und derselben im stillen etwas mehr Nachdruck verliehen wissen wollten. Das dürfe nicht wundern, wenn man den Inhalt der bürgerlichen Presse verfolge, die Tag für Tag Angriffe und nicht endenwollende Beschimpfungen der Regierung brachte und das Wilhelminische Regime verherrlichte. Diese Clique, deren einzelne Persönlichkeiten Redner einer scharfen Kritik unterzog, habe eine Republik proklamiert für Freiheit und Ordnung; wie die Freiheit, welche von dieser Seite komme, beschaffen wäre, sei man sich klar. Das Hohenzollerngeschlecht habe 500 Jahre lang dem Volke die Freiheit gepredigt, sein Versprechen aber nie erfüllt. Wilhelm II. habe dem deutschen Volke gesagt: „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen", „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser", er, Redner, sage, sie liegt im Wasser, im Dreck. Sie haben uns soweit hineingerennt, daß wir kaum wissen, wie wir aus dem Elend herauskommen sollen. In dem Augenblick, da, dank den Bemühungen der Volksregierung, langsam eine Besserung eintrat, unsere Valuta sich hob, hat eine Clique Gewissenloser es fertig gebracht, das schwer um seine Existenz ringende deutsche Volk erneut zurückzuschleudern in das tiefste Elend. Die Freiheit und Ordnung, welche uns diese Leute versprochen, dauere nur so lange, bis sie das Heft wieder in der Hand hätten. Die Errungenschaften der Revolution wären in Gefahr, wenn diese Leute zur Macht gelangen würden. Wenn man auch nicht ganz einverstanden sei mit dem, was durch die Revolution erreicht wurde, so könne man vorerst doch zufrieden sein; er nenne nur den Achtstundentag. Die Regierung müsse mehr Rückgrat zeigen, sie müsse gegen diese Umstürzler rücksichtslos vorgehen, sie an die Wand stellen und ihnen den verdienten Lohn geben. Wir wollen der Regierung heute geloben, wenn sie zu unserer Zufriedenheit arbeitet, geschlossen hinter ihr zu stehen. In dem Augenblick, da die Rechtsstehenden uns das Errungene wieder entreißen wollen, müssen wir einig sein. Es habe keinen Wert, wenn sich die Arbeiterschaft zersplittert und zerfleischt, gleichviel, ob Hand- oder Kopfarbeiter, ob Sozialdemokrat oder Demokrat, alle müssen zusammenstehen, nur dann kann Deutschland wieder aufgebaut werden und in wirtschaftlicher Beziehung wieder an die Stelle treten, die es vor dem Krieg eingenommen hat. Mit der wiederholten Bitte zur Einigung aller Arbeiter schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

An der sich anschließenden freien Aussprache, welche annähernd zwei Stunden währte, und in der eine Reihe von Genossen zum Wort kamen, wurde einmütig der frevelhafte Putschversuch verurteilt und wiederholt der Einigkeit der Arbeiter, gleichviel, ob Mehrheitssozialist oder Unabhängiger, das Wort geredet. Die kritische Lage, in welche uns diese gewissenlose Minderheit gegenüber dem Ausland brachte, wurde entsprechend beleuchtet und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die vom Volk erwählte Regierung rücksichtslos gegen die Schuldigen verfahren werde. Scharfe Kritik wurde gegen die rechtsstehenden Parteien geübt, gegen das preußische Junkertum, desgleichen gegen die bürgerlichen Parteien, gegen die württembergische Bürgerpartei, die sich auch im Enztal als gewisse reaktionäre Partei bemerkbar mache, gegen die bürgerliche Presse (auch der „Enztäler" bekam einige Seitenhiebe ab). Die Arbeitslöhne wurden im Hinblick zur verteuerten Lebenshaltung als zu nieder bezeichnet, dem Schieber- und Wuchertum, den Juden, die hauptsächlich schuld an diesen hohen Preisen sind, wurde scharfer Kampf angesagt und bessere Lebensmittelversorgung und Höchstpreise gefordert, welche einzuhalten sind. Von einem Redner wurde der Schokoladegenuß, das Rauchen teurer Zigaretten getadelt, wofür Millionen deutschen Geldes ins Ausland wandern. Würdigung fand die deutsche Arbeit, welche die Feinde nicht missen können. Wir hätten nur zu billig gearbeitet und uns dadurch den Haß und Neid der Engländer und Franzosen zugezogen. In den Ententekreisen breche sich die Erkenntnis Bahn, daß wir die uns auferlegten Kriegslasten nicht tragen können und wenn Deutschland zugrunde gehe, auch die Feinde mit ins Verderben gezogen werden. Der Achtstundentag solle insofern auch besser eingehalten werden, als mancher Arbeiter nach geleistetem Tagwerk zu Hause Heimarbeit verrichte; 8 Std. sollen zur Erholung dienen u. a. zum Lesen nützlicher Bücher. Getadelt wurde, daß die Putschisten von links unterdrückt wurden, während die Putschisten von rechts sich in solch schädigender Art bemerkbar machen konnten. Der dem Reichswehrminister Noske hiewegen gemachte Vorwurf wurde von anderen Rednern zurückgewiesen, u. a. auch betont, wenn heute die Unabhängigen ans Ruder kämen, wir noch eine schärfere Diktatur bekommen würden, wie überhaupt einem anderen Redner, der es tadelte, daß statt einer rein sozialistischen Regierung, gebildet aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, Angehörige bürgerlicher Parteien in der Regierung säßen, entgegengehalten wurde, daß jegliche Diktatur, ob von rechts oder links kommend, verwerflich sei, auch die bürgerlichen Parteien sollen, getreu dem demokratischen Prinzip, in der Regierung ihre Vertretung haben. Im Laufe der Versammlung wurde dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß der 16. März einen würdigen Verlauf in Ruhe und Ordnung nehmen möge und unerlaubte Handlungen zu unterbleiben hätten. Es wäre dafür gesorgt, daß nicht, wie im November 1918, wo rechtsstehende Elemente die unschuldige rote Fahne vom Rathaus herunterholten, eine schwarz-weiß-rote Fahne daselbst angebracht würde.

Nachstehende, vom Vorsitzenden zur Kenntnisnahme gebrachte Resolution, welche der am Mittwoch in Stuttgart tagenden National-Versammlung unterbreitet werden soll, fand sodann einstimmige Annahme:

„Die heute im Gasthof zum Bären in Neuenbürg stattfindende zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung, besucht aus allen Volksschichten, stellt sich voll und ganz hinter die bestehende demokratische Regierung, verlangt aber mit energischem Nachdruck, daß fürderhin von der Regierung weitaus energischer und schneller gearbeitet wird. Todesstrafe dem Wucher- und Schieber-tum und den Putschisten. Das ist der Volkswille und dem muß Rechnung getragen werden."

Damit war um halb 1 Uhr die Versammlung beendigt, welche der Vorsitzende mit Worten des Dankes an die Erschienenen für ihre Beteiligung schloß.

Neueste Nachrichten.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 16. März. Der württembergische Landtag hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, in der Präsident Keil betonte, der Landtag bekunde feierlich, daß er auf dem Boden der Reichsverfassung stehe und nur eine verfassungsmäßig zustande gekommene Regierung anerkenne. Staatspräsident Blos verurteilte die Freveltat in Berlin, hinter der sich die Reaktion aller Schattierungen verberge. Die Einladung Kapps zu Beratungen nach Berlin sei eine Frechheit. Der Stuttgarter Streik sei ein überflüssiges Unternehmen, berge aber keine größere Gefahr in sich. Ein Antrag der Mehrheitsparteien, die Aussprache über die Ausführung des Staatspräsidenten zu vertagen, wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei und der Unabhängigen angenommen. Präsident Keil wurde unter dem Beifall des Hauses ermächtigt, der Reichsregierung und der Nationalversammlung den Willkommengruß des Landtages zu entbieten.

Der Berliner Putsch.

Die Reichsregierung in Stuttgart.

Stuttgart, 15. März. Heute nachmittag um 1.35 Uhr trafen die Reichsregierung, an ihrer Spitze Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Bauer, mit Sonderzug von Dresden kommend, auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Zu ihrem Empfang sind der württembergische Staatspräsident, der Minister des Innern, der Reichsverkehrsminister Dr. Bell und einige Parlamentarier erschienen. Die Mitglieder der Reichsregierung haben im Hotel Marquardt Wohnung genommen.

Stuttgart, 16. März. Das Reichskabinett ist gestern nachmittag 4 Uhr in Stuttgart in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert, des Reichskanzlers Bauer, des Präsidenten und des ersten Vizepräsidenten der Nationalversammlung und unter Beteiligung der württembergischen Staatsregierung zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestand volle Uebereinstimmung, daß die Nationalversammlung am Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Kunstgebäude Stuttgart zusammentreten wird. Mit den Eisenbahnstreikern in Berlin werden keinerlei Verhandlungen geführt werden. Die verfassungsmäßige Reichsregierung fordert nach wie vor die bedingungslose Niederlegung der Kapp und Genossen.

Stuttgart, 16. März. Es liegen nunmehr so viele Meldungen von Abgeordneten vor, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung gesichert ist. Eine Reihe von Sonderzügen aus Schlesien, Magdeburg und dem Westen des Reiches sind bereits eingetroffen. Weitere Züge werden heute und morgen erwartet. — Nach Besprechung der Fraktionsführer und Vizepräsidenten mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Fehrenbach finden am Mittwoch nachmittag Sitzungen des Aeltestenausschusses und der Fraktionen statt. — Die 1. Sitzung der Nationalversammlung im Kunstgebäude wird am Donnerstag, den 18. März 1920, nachmittags 4 Uhr eröffnet werden.

Stuttgart, 17. März. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Vormittagssitzung beschlossen, daß die Löhnungssätze für die Reichswehr, die im Entwurf der Besoldungsordnung vorgesehen sind, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung ab 1. April zur Auszahlung gelangen.

Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske haben heute die Absetzung des Generals Märker (Wehrkreiskommando 4 Dresden) verfügt. Das Kommando ist General Müller übertragen.

Stuttgart, 16. März. Die Deutsche demokratische Partei erläßt zu den politischen Vorgängen in Berlin einen Aufruf, in dem sie das Bekenntnis zur Reichsverfassung erneuert. Die Nationalversammlung habe sich unter den Schutz des demokratischen Schwabenlandes gestellt, dieser werde gerne gewährt. Die Idee der Demokratie, der Gesetzlichkeit und Ordnung sei mächtiger als die Gewalt.

Stuttgart, 16. März. (Die Eisenbahn arbeitet weiter.) Der Bund der württembergischen Verkehrsbeamten hat als Kreistelegramm an das Verkehrspersonal Württembergs folgendes bekannt gegeben: Die Verkehrsanstalten arbeiten als lebenswichtiger Betrieb ungestört weiter. Das Personal der Hauptwerkstätten und Neubauten kann sich jedoch dem Generalstreik anschließen. Der Verkehr ist unbedingt aufrecht zu erhalten. Der Bund erklärt, daß er nach wie vor die reaktionären Bestrebungen mit aller Entschiedenheit ablehne.

Stuttgart, 16. März. Aus Gera-Reuß ist bei der Reichsregierung soeben die Meldung eingegangen, daß es nach blutigen Kämpfen gelungen sei, das dortige Militär, das auf Seiten der Kapp-Regierung gestanden hat, zu schlagen und zu entwaffnen. Die Waffen befinden sich jetzt in den Händen der Gerer Arbeiterschaft.

Hagen i. W., 16. März. Das Korps Lichtschlag, das schon früher mehrfach wegen seiner reaktionären Provokationen der Arbeiterschaft Anstoß erregt hat, ist von der Arbeiterschaft nach mehrstündigem Kampf überwältigt worden. Es hatte 20 Tote, die Arbeiterschaft 5 Tote. Diese Aktion wurde durch die USP. und KPD. unterstützt. Infolgedessen befinden sich auch in ihren Händen Waffen, darunter 4 Kanonen. An Stelle des unzuverlässigen Korps Lichtschlag sind jetzt regierungstreue Truppen nach Hagen geschickt worden. Indessen bleibt die Lage gespannt, da radikale Teile der Arbeiterschaft die Situation für weitgehende Zwecke ausnützen wollen.

Berlin, 16. März. Gegenüber der Meldung, daß der Abgeordnete Dr. Marchky das Amt eines Polizeipräsidenten von Berlin übernommen hätte, erklärt die Parteileitung der Deutschen Volkspartei, daß diese Nachricht unzutreffend ist. Die Parteileitung steht dem Eintritt von Beamten ihrer Parteirichtung in die Regierung Kapp ablehnend gegenüber. Ihre Bestrebungen sind vielmehr darauf gerichtet, eine Koalitionsregierung auf breitester Grundlage zu schaffen, welche allein in der jetzigen Situation die Gewähr gebe, daß ein Bürgerkrieg und die daraus folgende wirtschaftliche und politische Auflösung des Reiches vermieden würde.

Wien, 17. März. Die gesamte Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die schwere Krise, in die Deutschland geraten ist, durch Verständigung zwischen den Regierungen in Stuttgart und Berlin eine friedliche Lösung finden möge.

Kein zwingender Grund zum Streik.

München, 17. März. Der Bayerische Bauernverein, der Bayerische Bauernbund und der Bund der Landwirte, sowie der Deutsche Bauernbund richteten an die Arbeiter in- und außerhalb Münchens einen Aufruf, in dem an die Arbeiter die Aufforderung geht, in ihrem eigensten Interesse und im Interesse ihrer Frauen und Kinder vom Streik sofort abzulassen. Das erfordere die ohnehin sehr traurige Lage unseres Ernährungswesens. Die bayerische Landwirtschaft müsse grundsätzlich einmal aussprechen, daß sie nicht dauernd ruhig zusehen könne, daß ohne die zwingendsten Gründe immer und immer wieder vom Recht des Streiks als eines politischen Druckmittels Gebrauch gemacht werde. Sie sehe sich sonst gezwungen, einmal auch ihrerseits zur Abwehr der verderblichen Folgen solcher Streiks auf die landwirtschaftliche Erzeugung selbst vom Streik Gebrauch

zu machen. An der Ar
wehren, indem sie um
Sonntag begonnenen S
die Regierungskrise auf
stehe kein zwingender p

General

Frankfurt, 17. März
det, hat General Gröner
denburg und an den
gramm gerichtet:
Herrn Feldmarschall
für das Deutsche Reich
daß der ganze Süden u
Reich abgedrängt wird
württ. außenpolitisch
voller ist, als gerade
zu bessern beginnt. De
erster Kreise des deutsch
Wort von Ihnen genügt
mäßigen Boden zurückzu
präsidenten Ebert folgen
An den Herrn Reich
Vermittlung erwünscht
Feldmarschall von Hind
wehr ausübt mit dem
in Berlin wieder herzu
des Charakters der Re
geren Fachministerien u
sichtspunkten nach Ihre
und meiner Billigung
burg baldiger Reichstag
fen vor dem Zusammen
nommen werden. Ein
marschall von Hindenbu
Bockenheimer Landstraß

Sobald ich vom Re
melden, ob und wann
eintreffe. (Bez.): Gene

Schwer

Hagen i. W., 16. M
in Wetter a. d. Ruhr e

Kommun

Bekan
Altleder

Auf Grund der
Schuhversorgung vom
wird der **Handel** mit
Leder und Altschuh
sofortiger Wirkung fre

Hinsichtlich des
sonstigen aus in- oder
menden gebrauchten H
der Reichsstelle für Sch
in Wirksamkeit.

Die Bekanntmach
sorgung vom 30. Mä
tragenen Schuhwaren
die Beschlagnahme un
treten damit außer Kr

Den 15. März 1

Geschäftsstelle des

Versorgung der

Den (Stadt)-Schu
die zur Anmeldung de
Zwecke bestimmten Vo
Vordrucke sind doppelt
Gemeinde bestimmt.

Der Bedarf ist n
anzugeben, sondern de
meinde soll auf einem
besonders darauf auf
Spalte der Scheine „
füllen ist.

Die Anmeldungen
zum 18. ds. Mts. hi
Zeitpunkt einkommen
sichtigt werden könne

Den 15. März 1

Geschäftsstelle des

Betreff: Käl
Rückg

In der Verfügun
über die Kälberaufbri
Nr. 56 wurde bestimm
munalverbänden an di
Kälber von den Metz
gegeben sind und da
den Tierhaltern auszu
Tierhalter, der ein
Schlachtung abliefert,
Rückgabe der Haut.

Für die Rückgab
ein vereinfachtes Verf
unmittelbare Abholung
Metzger gestattet wird
halter vom Kommuna
Metzger benachrichtigt
kann. Versäumt der
verweigert er die An
spruch auf Rückgabe
eine Geldentschädigung
der dem Abgabetag
nichts der Haut festg
ist im Falle der We
Metzger unter Zuziehu
festzustellen.

Der Tierhalter
Metzger eine schriftli

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zu machen. An der Arbeiterschaft liege es, diese Gefahr abzuwehren, indem sie um des allgemeinen Wohles willen den am Sonntag begonnenen Streik sofort abbräche. In Bayern werde die Regierungskrise auf gesetzmäßigem Wege gelöst und es bestehe kein zwingender politischer Grund, den Streik fortzusetzen.

General Gröner als Vermittler?

Frankfurt, 17. März. Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, hat General Gröner an den Generalfeldmarschall von Hindenburg und an den Reichspräsidenten Ebert folgendes Telegramm gerichtet:

Herrn Feldmarschall habe ich zu melden, daß Kapp-Lüttwitz für das Deutsche Reich unmöglich sind. Es besteht die Gefahr, daß der ganze Süden und Westen des Reichs von dem übrigen Reich abgedrängt wird. Außerdem ist die Regierung Kapp-Lüttwitz außenpolitisch nicht tragfähig, was umso verhängnisvoller ist, als gerade jetzt unsere wirtschaftspolitische Lage sich zu bessern beginnt. Herr Feldmarschall sind die Hoffnung weitster Kreise des deutschen Volkes in diesem Augenblick, da ein Wort von Ihnen genügt, um die Reichswehr auf den verfassungsmäßigen Boden zurückzuführen. Daher habe ich an den Reichspräsidenten Ebert folgendes Telegramm gerichtet:

An den Herrn Reichspräsidenten Ebert. Falls Ihnen meine Vermittlung erwünscht wäre, bin ich bereit, zu versuchen, daß Feldmarschall von Hindenburg seinen Einfluß auf die Reichswehr ausübt mit dem Zweck, den verfassungsmäßigen Zustand in Berlin wieder herzustellen. Ich halte jedoch eine Aenderung des Charakters der Regierung durch Neubesetzung der wichtigeren Fachministerien nach sachlichen nicht parteipolitischen Gesichtspunkten nach Ihren Vorschlägen unter des Feldmarschalls und meiner Billigung für erforderlich und ferner die Ausschreibung baldiger Reichstagswahlen. Verfassungsänderungen dürfen vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags nicht vorgenommen werden. Ein gleiches Telegramm geht an den Feldmarschall von Hindenburg. Antwort erbeten: Frankfurt-Main, Bockenheimer Landstraße 33.

Sobald ich vom Reichspräsidenten Antwort habe, werde ich melden, ob und wann ich zu weiterer Rücksprache in Hannover eintreffe. (Gez.): General Gröner.

Schwere Unruhen in Wetter.

Hagen i. W., 16. März. Auf Anruf gewisser Industriekreise in Wetter a. d. Ruhr entsandte der Kommandeur des Wehrkreises VI eine Kompanie Reichswehrtruppen unter Führung des Hauptmanns Hasenclever zur Besetzung der Stadt Wetter. Auf die Nachricht aus Wetter begab sich Oberbürgermeister Cuno zusammen mit den Führern der Regierungsparteien im Stadtparlament zu Verhandlungen nach Wetter. Alle gütlichen Vorschläge wurden abgelehnt. Darauf entwickelte sich ein Gefecht zwischen bewaffneten Arbeitergruppen aus Wetter und Hagen und der Reichswehrkompanie, in dessen Verlauf auf Seiten der Arbeiter fünf Leute fielen und mehrere schwer verletzt wurden. Bis jetzt wurden auf Seiten der Reichswehrtruppen 18 Tote und viele Verwundete gemeldet. Unter den Toten befinden sich auch Hauptmann Hasenclever und seine beiden Kompanieoffiziere. Nach Aussagen eines gefangenen Sanitäters der Reichswehrtruppen soll die Zahl der toten Soldaten erheblich höher sein. Die von ihm verbundenen Verwundeten sollen allein die Zahl von 30 übersteigen. Zwei 7 Zentimeter-Geschütze und ein Minenwerfer wurden von den Arbeitern erbeutet. Von der übrigen Beute sind in Hagen sechs Maschinengewehre und 12 Pferde eingetroffen. Die erbeutete Bagage befindet sich noch in Wetter.

Keine Verhandlungen mit den Berliner Gewalthabern.

Stuttgart, 16. März. Der Reichsminister des Innern läßt die Falschmeldung der Berliner Gewalthaber, die Reichsregierung lasse sich auf Verhandlungen ein, überall dementieren. — Die Mitglieder der badischen Landesregierung sind in Stuttgart eingetroffen und haben den Entschluß der Reichsregierung, nicht mit den Aufrührern zu verhandeln, gebilligt. Die badische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß ein Kompromiß mit den Verschwörern zu einer neuen Mainlinie führen würde. Die württembergische und die hessische Regierung stehen auf dem gleichen Standpunkt.

München, 16. März. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion von Bayern hat an die Reichsregierung in Stuttgart telegraphiert, daß sie es als selbstverständlich erwarte, daß auch nicht einmal der Gedanke an Verhandlungen mit den Berliner Rechtsverbrechern erwogen wird.

Bedingungsloser Rücktritt der Berliner Gewalthaber?

Stuttgart, 16. März. (Nichtamtlich.) Nach Zeitungsmeldungen hat die Regierung Kapp der Reichsregierung angeboten, zurückzutreten, und die Gewalt, soweit sie in ihren Händen ist, an den Reichspräsidenten zurückzugeben, wenn binnen 2 Monaten die Neuwahlen erfolgen. — Hierzu ist zu bemerken, daß es die politische Lage wohl ganz von selbst erforderlich machen wird, sobald die Ordnung wieder hergestellt ist, zu Neuwahlen zu schreiten. Die Regierung lehnt aber auf jeden Fall ganz entschieden ab, sich mit dem Staatsstreichler Kapp darüber in irgend einer Form auseinander zu setzen.

Frankfurt a. M., 17. März. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin: Auf Grund der im Reichstag geführten Verhandlungen haben Dr. Kapp und General Lüttwitz, dieser nach längerem Schwanken, ihren bedingungslosen Rücktritt erklärt, die Regierung an den Vizekanzler übergeben. General v. Hülsen hat im Namen der Regierung Bauer die Führung der Truppen übernommen. Die Unabhängigen Dr. Cohn und Dittmann waren in der Reichskanzlei erschienen und hatten ein Ultimatum überreicht, daß, wenn nicht bis 9 Uhr abends die Truppen zurückgezogen würden, sie mit den bewaffneten Arbeitern zum Angriff schreiten würden. Anscheinend unter dem Eindruck dieser Nachricht sind Dr. Kapp und General v. Lüttwitz wieder anderen Sinnes geworden und haben Bedingungen für ihren Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie. Die Verhandlungen dauern noch an.

Verschärfte Bewachung Kaiser Wilhelms.

London, 17. März. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Vertreter der Alliierten in Haag beauftragt worden sind, die holländische Regierung auf die große Notwendigkeit der Bewachung des ehemaligen deutschen Kaisers genau hinzuweisen, sowie auf die von der Entente gehegten Besorgnisse wegen seines Aufenthaltes in der Nähe der deutschen Grenze.

Haag, 15. März. Vor Schloß Amerongen ist am Samstag mittag ein Sonderkommando von 30 Gendarmen eingetroffen. Die Regierung hat die verschärfte Bewachung des deutschen Exkaisers und auch des deutschen Kronprinzen angeordnet.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

Kommunalverband Neuenbürg.

Bekanntmachung betr. Altleder-Bewirtschaftung.

Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung vom 18. Februar 1920 (St.-Anz. Nr. 59) wird der **Handel** mit **Altleder, gebrauchten Waren, aus Leder und Altschuhwerk** für den Bezirk Neuenbürg mit sofortiger Wirkung freigegeben.

Hinsichtlich des getragenen Militärschuhwerks und der sonstigen aus in- oder ausländischen Heeresbeständen stammenden gebrauchten Heeresgüter aus Leder bleiben die von der Reichsstelle für Schuhversorgung erlassenen Bestimmungen in Wirksamkeit.

Die Bekanntmachungen der Reichsstelle für Schuhversorgung vom 30. März 1918 über den Verkehr mit getragenen Schuhwaren usw., sowie vom 15. Juli 1918 über die Beschlagnahme und Enteignung getragener Schuhwaren treten damit außer Kraft.

Den 15. März 1920. Oberamtmann Bullinger.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.

Versorgung der Landwirtschaft mit Benzol.

Den (Stadt)-Schultheißenämtern sind in den letzten Tagen die zur Anmeldung des Benzolbedarfs für landwirtschaftliche Zwecke bestimmten Vordrucke mit der Post zugegangen. Die Vordrucke sind doppelt. Der Durchschriftsvordruck ist für die Gemeinde bestimmt.

Der Bedarf ist nicht für jeden Motorenbesitzer getrennt anzugeben, sondern der gesamte Bedarf der einzelnen Gemeinde soll auf einem Schein mitgeteilt werden, wobei noch besonders darauf aufmerksam gemacht wird, daß die letzte Spalte der Scheine „Verpackungsart unbedingt genau auszufüllen ist.

Die Anmeldungen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum 18. ds. Mts. hierher einzureichen, **da nach diesem Zeitpunkt einkommende Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden können.**

Den 15. März 1920. Oberamtspfleger Kübler.

Geschäftsstelle des Kommunalverbands Neuenbürg.

Betreff: Kälberaufbringung und Rückgabe der Häute.

In der Verfügung der Württ. Fleischversorgungsstelle über die Kälberaufbringung vom 5. März 1920, Enztäler Nr. 56 wurde bestimmt, daß die Häute der von den Kommunalverbänden an die Metzger zur Schlachtung gelieferten Kälber von den Metzgern den Kommunalverbänden zurückzugeben sind und daß die Kommunalverbände die Häute den Tierhaltern auszuhändigen haben. Es hat hienach jeder Tierhalter, der ein Kalb an den Kommunalverband zur Schlachtung abliefert, vom 8. März 1920 an Anspruch auf Rückgabe der Haut.

Für die Rückgabe der Haut wird im hiesigen Bezirk ein vereinfachtes Verfahren eingeführt in der Art, daß die unmittelbare Abholung der Haut durch den Tierhalter beim Metzger gestattet wird. Zu diesem Zweck wird der Tierhalter vom Kommunalverband und in der Regel auch vom Metzger benachrichtigt, wann und wo er die Haut abholen kann. Versäumt der Tierhalter die Frist zur Abholung oder verweigert er die Annahme der Haut, so erlischt sein Anspruch auf Rückgabe derselben. In diesem Fall erhält er eine Geldentschädigung, deren Höhe auf Grund der Preise der dem Abgabetag folgenden Häute-Auktion und des Gewichts der Haut festgesetzt wird. Das Gewicht der Haut ist im Falle der Weigerung oder der Nichtabholung vom Metzger unter Zuziehung eines Zeugen sofort einwandfrei festzustellen.

Der Tierhalter hat bei der Abholung der Haut dem Metzger eine schriftliche Empfangsbescheinigung auszuhändigen, die dieser dem Kommunalverband vorzulegen hat. Von dieser Bescheinigung kann auch dann nicht abgesehen werden, wenn der Tierhalter dem Metzger die Haut käuflich überläßt.

Der Tierhalter erhält als Kaufpreis für das Kalb von der Fleischversorgungsstelle den Betrag von 130 ℳ für den Zentner Lebensgewicht überwiesen. Von der Kaufsumme werden 25 ℳ bei Kälbern bis zu 120 Pfund Lebensgewicht und 30 ℳ bei solchen mit höherem Gewicht abgezogen. Dieser Abzug rechtfertigt sich deswegen, weil im Lebensgewichtspreis der frühere Häutehöchstpreis enthalten ist und weil dem Metzger für das richtige Abziehen und die pflegliche Behandlung der Haut eine angemessene Vergütung zu gewähren ist.

Die Tierhalter und Metzger werden um genaue Einhaltung vorstehender Bestimmungen ersucht. Den Tierhaltern wird in ihrem eigenen Interesse eine rasche und pünktliche Abholung der Haut, eventl. Verständigung über die Abtretung derselben an den Metzger dringend ans Herz gelegt, weil die Häute nur wenige Tage aufgehalten werden können.

Den 16. März 1920. Oberamtspfleger: Kübler.

Wildbad.

Bei der heute stattgehabten **Verlosung von Schuhen für Minderbemittelte,** sind folgende Lebensmittelkarten-Nummern gezogen worden und erhalten:

1. Kinderschuhe:

No. 67, 256, 329, 362, 395, 413, 448, 554, 587, 711, 779, 861, 2015, 2024, 3036, 3043.

2. Herrenstiefel:

No. 102, 119, 496, 553, 575, 793, 831, 854, 868, 950, 1015, 2012, 2029, 3013, 3031, 3069, 3085.

3. Damenstiefel.

No. 2, 17, 37, 40, 41, 47, 48, 57, 58, 59, 99, 111, 113, 122, 130, 139, 158, 168, 170, 177, 189, 206, 211, 212, 229, 241, 287, 288, 312, 321, 325, 339, 358, 390, 403, 419, 494, 510, 531, 537, 542, 556, 565, 594, 597, 603, 609, 623, 633, 650, 669, 699, 721, 766, 800, 808, 826, 888, 891, 933, 951, 1014, 2002, 2030, 2038, 3009, 3027, 3072, 3084.

Die Abgabe erfolgt am **Freitag, den 19. März**
für Kinder- und Herrenstiefel von 9—10 Uhr
für Damenstiefel „ 10—12 Uhr

Städt. Lebensmittelamt.
Kappelmann. A.-R. Schlüter.

Achtung!

An- und Verkauf

von gebrauchten **Ziehharmonikas** im Spezialgeschäft für Reparaturen an Harmonikas

Gebr. Hohnloser, Pforzheim, Bergstr. 27.

Wirtschaft-Verpachtung.

Eine neu eingerichtete, gut gehende **Wirtschaft** in der Nähe Pforzheims, ½ Stunde von der Bahn entfernt, ist zu **verpachten.**

Offerten unter **F. G. Nr. 200** an die Geschäftsstelle des Enztäler.

Freiwill. Versteigerung.

Wegen Todesfall werden am **Freitag, den 19. März** in **Birkenfeld,** Dietlingerstr. 81, nachm. 5 Uhr, einzeln an den Meistbietenden versteigert:

1 Bienenstand, mehrere Bienenvölker und sämtliche Gerätschaften.

Frau Leibbrand Wwe.

Bezirkswohltätigkeitsverein.

Vorstands-Sitzung

am Montag, den 22. März, nachmittags 2½ Uhr, im **„Bären"** hier.

Tagesordnung:
1. Keppler-Stiftung II.
2. Gesuche.
3. Ergänzung des Vorstandes.

Neuenbürg, 15. März 1920. Dekan Dr. Megerlin.

Württ. Waldbesitzerverband.

Nadelstammholz-Verkauf

am 20. März 1920

Aus dem Wald der **Gemeinde Birkenfeld,** OA. Neuenbürg.

113 Forchen, 69 Tannen und 9 Eichen.

Ta.-Langholz: 1. Kl. 17,90, 2. Kl. 30,94, 3. Kl. 28,23, 4. Kl. 3,61 Fm.;
Sägholz: 2. Kl. 0,85 Fm.;
Fo.-Langholz: 1. Kl. 45,34, 2. Kl. 48,17, 3. Kl. 35,28, 4. Kl. 0,74 Fm.;
Sägholz: 1. Kl. 24,25, 2. Kl. 19,21 Fm.;
Ei.-Langholz: 4. Kl. 0,71, 5. Kl. 3,16, 6. Kl. 0,88 Fm.

Entfernung zum Bahnhof 2,5 Kilometer.

Als Bedingungen gelten die staatlichen Holzverkaufsbedingungen. Angebote in Prozenten der Taxen 20 bis **20. März 1920, spätestens 11 Uhr vorm.,** an die Geschäftsstelle des Württ. Waldbesitzerverband, Stuttgart, Neckarstraße 40, Fernruf 10482.

Neuenbürg.

Empfehle für kommende Saison:

Pflüge aller Art,

Saat-Eggen, Zick-Zack-Eggen,

Güllenpumpen, Futterschneidmaschinen und Schrotmühlen

bei billigster Tagespreisberechnung und sehe gefl. Bestellungen entgegen

A. Weisshaupt,
Maschinen-Handl.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Am nächsten **Donnerstag, den 18. ds. Mts., vorm. 8 Uhr,** wird mit der

Brennholz-Verlosung

für das Jahr 1920/21 begonnen. Berücksichtigt werden die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben A und ein Teil von B, soweit ein Familienangehöriges erscheint; auch die Zahlung für frühere Lieferungen in Ordnung ist. **Es wird erwartet, daß Haushaltungen, welche sich mit Holz oder anderem Brennstoff sonst versorgen können, die Versorgung durch die Stadt nicht in Anspruch nehmen.**

Den 15. März 1920.

Stadtschultheißenamt:
Knodel.

Stadtpflege Neuenbürg.

Am Samstag, d. 20. d. Mts. vormittags 11 Uhr wird das städtische

Wasch- und Backhaus

auf die Jahre 1920 bis 1923 auf dem Rathaus im Aufstreich **verpachtet.**

Den 16. März 1920.
Stadtpfl. Essich.

Allen voran

Favorit-Schnitte

Favoritmodenalbum, Jugend-Moden-Album Favorit Handarbeits-Alb. Erhältlich bei **Wilh. König,** Herrenalb.

Konto-Büchlein

empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Turnverein Wildbad
Singstunde
am Donnerstag, 18. März
abends 8 Uhr
im „Palmengarten".
Vollzähliges Erscheinen notwendig Der Singwart.

W.V.W.

Donnerstag, den 18. März
nachmittags 3 Uhr
Versammlung
im Gasthaus z. alten Linde.

Wildbad.

Verloren

ging am Montag abend auf der Strecke Schlachthaus-Bahnhof-Rathaus ein
Geldbeutel mit Inhalt
Um Rückgabe gegen Belohnung bittet
Buchdrucker **Fröhlich**,
Rennbach.

Wildbad.
Einen großen
Waschzuber,
sehr gut erhalten, hat zu verkaufen, sowie
2 Kübel.
Zu erfragen
Frl. **Lydia Treiber**.
Hauptstraße 99.

Wildbad.
Verkaufe
am Donnerstag, 18. März,
vormittags 11 Uhr
5 Eichen, 1,03 Fm.
7 Kirschbäume, 0,45 Fm
3 Hacklötze, eichene.
Karl Bott,
bei der Linde.

Wildbad.
Weißen
Maschinen Faden
empfiehlt
Rexinger, Schneidermeister

Neuenbürg.
Im
Stärke-Wäsche-Bügeln
empfiehlt sich wieder
Frau **Anna Wacker**,
Vorstadt 274.

Ottenbronn O/A. Calw.
Zirka 35 Ztr.
Heu
hat zu verkaufen
A. Bullinger.

Ehrliches, braves
Mädchen
gesucht.
Theodor Bürk,
Brözingen, Klosterbrunnen.

Suche auf 15. März oder 1. April eine
tüchtige Köchin,
die auch Hausarbeit übernimmt. Anfangsgehalt Mk. 70. —
Frau **Dr. Maier, Pforzheim**, Friedensstraße 50.

Aelteres Mädchen aus guter Familie wünscht sich mit nettem einfachen Herrn, auch Witwer mit Kindern im Alter bis zu 45 Jahren, zu
verheiraten.
Erdl. Zuschr. werden erbeten unter F. Hg. 100 an die Enztälergeschäftsstelle.

H. M.
Heute abend „Holzapfel".

Die unaufhörlich wachsenden Lasten,

die die Herstellungskosten einer Zeitung fast täglich steigern, zwingen die Zeitungsverleger leider zu weiteren unvermeidlichen Aufschlägen, um deren einsichtsvolle Anerkennung wir die Leser aller Zeitungen freundlichst bitten.

Verein Württembergischer Zeitungsverleger.

Wie bei den übrigen Zeitungen, so muß auch bei dem „Enztäler" ab 1. April eine Erhöhung des Bezugspreises erfolgen, die auf den Monat berechnet Mk. 1.30 betragen soll.

Empfehle in schöner Auswahl:

Herren-Anzugstoffe, neueste Muster,
nebst Futter,
Hosenzeuge, Kleider- und Schürzenzeugle,
Seidenbatiste, glatt und gestickt, weiß und farbig,
Hemdenflanelle, einfarbig, gestreift und kariert,
Zephir und Voile, Kleidersatin,
Schürzen für Kinder, Mädchen und Damen,
schwarz, weiß und farbig,
Damen-Unterröcke, Untertaillen,
Kragen und Cravatten, Selbstbinder,
Kurzwaren als: Knöpfe, Spitzen, Besätze, gestickte Festons, Nähfaden und Strickwolle.

Emil Meisel, Neuenbürg.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Der werten Einwohnerschaft von **Birkenfeld und Umgebung**, sowie den Herren **Architekten u. Bauherrn** zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir ab heute am hiesigen Platze **Hauptstr. 65** ein

Maler-Geschäft

eröffnet haben.
Da wir in der Lage sind, sämtliche **Maler- und Anstrich-Arbeiten** sowie **Tapezier Arbeiten, Firmenschilder aller Art** in garantiert tadelloser Ausführung und reinem Material fertig zu stellen, ersuchen wir um gefl. Zuspruch.
Hochachtungsvoll
Gebrüder Wittel, Malermeister.

Zahn-Praxis
Hermann Engelbrecht,
Schömberg.
Lindenstr. 187, I. neben der Kirche.
Billigste Preise! :: Schonendste Behandlung!
17jährige Fachtätigkeit.
Auch für Krankenkassen!

Goldschmieds-, Fasser-, Presser-Lehrlinge,
Polissenen-Lehrmädchen
werden zur gründlichen Ausbildung auf Ostern angenommen
Rösch & Jöstein, Westliche Nr. 61 (beim Oktroihaus).

Neuenbürg.
Aufforderung.
Die **bekannte Person**, welche vergangenen Freitag Abend in Höfen in den letzten Zug Richtung Wildbad einstieg und sich meinen, im Raucherabteil III. Kl. zurückgelassenen Herrenschirm mit gebogenem braunen Griff unrechtmäßig angeeignet hat, wird ersucht, denselben an der Bahn abzugeben, andernfalls gerichtlich vorgegangen wird.

Einige Zentner gutes
Bergheu
und
Oehmd
sind zu verkaufen, jedoch **3 bis 4 Ztr. Kartoffeln** müssen in Tausch genommen werden.
Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Salmbach.
Ein

Läufer-Schwein
und ein
Scheunenseil
hat zu verkaufen
Daniel Schöttle.

Gesucht in großes Landhaus am Bodensee ein
Zimmermädchen,
das gut bügeln und servieren kann und ein sauberes **Mädchen** für Hausarbeit. Zeugnisse, Bild u. Ansprüche einsenden an
Frau **H. v. Seutter**,
Schachen b. Lindau i. B.

Freiwillige Feuerwehr Wildbad.

Nächsten **Sonntag, den 21. März d. Js., nachm. 3 Uhr**, findet im Hotel zum „Rößle Brunnen" die jährliche
Generalversammlung
statt. **Tagesordnung:**
1. Jahresbericht.
2. Rechenschaftsbericht.
3. Verschiedenes.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Verwaltungsrat.

Statt jeder besonderen Anzeige!
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Schulkameradinnen zu unserer **am Samstag, den 20. März 1920** stattfindenden
Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zur **„Alten Linde"** ganz ergebenst einzuladen.
Wildbad, 17. März 1920.
Karl Weber.
Emma Haag.
Kirchgang um 12 Uhr vom Gasth. zum „Hirsch" aus.

Wildbad, 16. März 1920.
Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Mitteilung, daß gestern im Bezirkskrankenhaus in Neuenbürg meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwägerin und Tante
Mina Nonnenmacher,
geb. Schmied,
im Alter von nahezu 49 Jahren nach kurzem, schweren Leiden sanft im Herrn entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bittet
der trauernde Gatte: **Friedrich Nonnenmacher mit Familie.**
Beerdigung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr in Wildbad.

Der Wirtschaftsbetrieb im Sommerberghotel bleibt bis zur Wiedereröffnung der Bergbahn geschlossen.
Bätzner & Wentz.

Wildbad.
Jüngerer Beamter sucht
möbl. Zimmer möglichst mit Pension
per sofort. Gefl. Offerten unt. Nr. 989 an die Exped. des Blattes.

Jüngere Hilfs-Arbeiter
von 16—20 Jahren sucht die **Bürstenabteilung** der **Filiale**
Oskar Schenck, Birkenfeld.

Spöhrersche Höhere Handelsschule Calw
Handels-Abteilung Real-Abteilung
Neuaufnahme (auch für Mädchen) 21. April.

Zu kaufen gesucht
Auto,
am liebsten **Kleinauto.**
Angebote erbeten unter Nr. 500 an die Enztäler-Geschäftsstelle.